

Das künftige Zauberwort ist „Nachhaltigkeit“

Klimaschutzpläne der Grünen: „Da dominiert das Prinzip Hoffnung“ u. „Grüne Defensive“, FR-Politik u. -Meinung vom 14.6.

Eine Koalition mit der FDP ist ein zu großes Wagnis

„Die Politik wird in den Hauptstädten entwickelt!“ Eine wahre Erkenntnis des Leitartikels vom 15. Juni. Richtige Politik ist jetzt ein ganz wichtiges Element, der Welt aufzuzeigen, was in Klimanotzeiten getätigt werden muss. Es ist neben der Unterlassung der Ressourcenverbrennung, der klimaschädlichen Landwirtschaft, eine nachhaltig mögliche Mobilitätspolitik.

Wir sollten in der Finanzmetropole damit radikal ein Beispiel exerzieren. Dies wäre jetzt in Frankfurt gegeben. Aber was machen wir? Wir basteln in Frankfurt eine Koalition der Zwietracht. Eine FDP ins Boot zu holen, ist ein zu großes Wagnis. Mal sehen, wie es sich noch zeigt.

Eine Politik, die es allen Bürgern recht machen will, die alle Bürger – auch die Egoisten – mitnehmen will, ist zuvor erstrebenswert gewesen – in früheren Zeiten. Doch jetzt ist die (FDP-) Zeit um, der Klimaschaden ist vorhanden. Drum sollte eine künftige Stadtregierung hier in Frankfurt – gewählt von der Mehrheit der Frankfurter – sich verpflichtet fühlen, die notwendig erkannten Schritte entscheiden und durch Gesetze,

Satzungen und Regeln durchsetzen. Ein Querdenken können wir uns nicht weiterhin erlauben. Die Corona-Zeit hat uns dies gezeigt. „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist zu Ende.

Wissenschaftler sagen uns – der Politik –, was der Klimaschaden zur Beseitigung braucht, so wie Fachleute es uns in Coronazeiten allen ebenso empfohlen haben: Wir brauchen eine nachhaltige Landwirtschaft ohne Zerstörung unserer Lebensgrundlage, eine nachhaltige Energieerzeugung ohne CO₂-Ausstoß und eine nachhaltige Mobilität ohne Lärm, Abgase und ohne Verbleichung unserer Um- und Stadtwelt.

Als Erläuterung: Die konventionelle Landwirtschaft düngt und spritzt und belastet unser lebenswichtiges Grundwasser, das müssen wir mit einer Bio-Landwirtschaft ersetzen, ob uns und der FDP das passt oder nicht. Die Welternährung ist gewährleistet, nur die Verteilung ist ungerecht.

Die Energieerzeugung müsste von Kohle, Gas und Erdöl hin zu Wind-, Wasser- und Solarkraft umgewandelt werden. Und die Mobilität wird durch Pendlerreduzierung, Fahrradförderung, Flugverkehrvermeidung und mehr Urlaub im eigenen Land nachhaltig entwickelt –

durch Gesetze, Satzungen und Regeln, beschlossen von mutigen Regierungen!

Oskar Voigt, Frankfurt

Die Grünen vergessen ihre Wurzeln

Mit ihrem Parteitagebeschluss, die Beschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr nicht mehr auszuschließen, haben sich die Grünen davon verabschiedet, ein Teil der Friedensbewegung zu sein. Das ist enttäuschend, denn die Wurzeln der Grünen waren einstmal die Friedensbewegung und die Umweltbewegung. Die Behauptung, bewaffnete Drohnen dienten der Verteidigung unserer Soldatinnen und Soldaten, ist vielfach widerlegt. Bewaffnete Drohnen dienten immer der gezielten Tötung Einzelner hinter den feindlichen Linien – vielfache Kollateralschäden unter der Zivilbevölkerung inklusive.

Respekt zolle ich der SPD-Bundestagsfraktion, die den diesbezüglichen forschenden Plänen der Verteidigungsministerin Einhalt geboten hat trotz auch intern anderer Meinungen.

Heiko Winkel-Rienhoff, Westerau

Diskussion: frblog.de/gruene-2021

Ohne staatliche Regeln geht es nicht

Zu: „Millionäre fordern höhere Steuer“, FR-Wirtschaft v. 14.6., u. „Klimaschutz mit oder gegen die Wirtschaft“, FR-Meinung v. 5.5.

Ausgeklügelte Methoden zur Steuervermeidung

Nur eine kleine, einspaltige Meldung ist es der Frankfurter Rundschau wert, dass die 25 reichsten US-Amerikaner so gut wie keine Steuern zahlen. Dies ist ein Skandal, der eingehender beleuchtet werden sollte.

Wenn aus Kreisen der Grünen, Linken oder Sozialdemokraten eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ins Gespräch gebracht wird, können die Super-Reichen – auch die in Deutschland – darüber sicher nur lachen, denn sie haben ausgeklügelte Methoden zur Steuervermeidung. Interessant ist auch, dass nicht etwa die steuervermeidenden Milliardäre im Fokus der Betrachtung stehen, sondern die Tatsache, dass die Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Dies wird von der US-Steuerbehörde ausgiebig untersucht werden und nicht etwa wie es sein kann, dass jemand so erstaunlich niedrige Steuern zahlt.

Die Einzigen, die das öffentlich kritisieren, sind wohl in der rechten Ecke zu finden, unter dem Stichwort „Globalisten“. Wo bleibt da ein Aufschrei der Linken? Eberhard Seipp, Bad Vilbel

Unternehmen handeln nur selten altruistisch

Herr von Eben-Worleé beklagte, dass die von Bündnis 90/Die Grünen geforderte Vermögenssteuer die Innovationskraft und

Existenz insbesondere von „mittelständischen Personengesellschaften, wie es die meisten Familienbetriebe sind“, gefährden würde und daher auch kontraproduktiv für den Nachhaltigkeitsgedanken wäre. Dazu möchte ich, der ich selber Unternehmer bin, jedoch folgende Anmerkungen machen:

1. In dem gut 130-seitigen Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen finde ich nur folgenden Passus zur Vermögenssteuer (Seite 49): „Die Vermögenssteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich ein Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen.“

Das scheint aus meiner subjektiven Sicht ein durchaus verantwortungsbewusster Ansatz zu sein, der auch die von Eben-Worleé genannten Aspekte zumindest verbal berücksichtigt.

2. Eben-Worleé führt die Tatsache, dass man inzwischen wieder im Rhein schwimmen könne, während der Fluss vor Jahrzehnten noch eine Kloake war, auf Innovationskraft und -willen von Unternehmen zurück. Das mag richtig sein, aber es stellt sich die Frage nach der

Motivation der Unternehmen, die Umweltbelastung zu reduzieren. Dies war sicherlich nicht der Tatsache zu verdanken, dass die Unternehmen damals geringe Steuern zahlen mussten und deshalb dachten, dass sie das überschüssige Geld ausnahmsweise nicht als Dividende auszahlen, sondern ganz altruistisch in Umweltschutz investieren. Grund war vermutlich eher die Tatsache, dass Rechtsprechung und Gesetzgeber zunehmend dazu übergingen, diese externalisierten Kosten (also die Umweltschäden) auf die Verursacher umzulegen. Das kann man „planwirtschaftliche Industriepolitik“ nennen, aber ganz ohne staatliche Regelungen geht es eben meistens nicht.

3. Eben-Worleé fordert, dass man Betriebs- und Privatvermögen unterschiedlich behandeln müsse. Darüber kann man diskutieren. Aber bei den „mittelständischen Personengesellschaften“, auf die er immer wieder abhebt, handelt es in der Regel um GmbH & Co. KGs. Die sind ein gesellschaftsrechtliches Konstrukt, das trotz höheren Aufwands gerne genutzt wird, weil es den Eigentümer:innen die steuerlich günstige Vermischung von Betriebs- und Privatvermögen und Ausschüttung von Gewinnen ermöglicht. Klassische GmbHs hingegen sind steuerlich von Vorteil, wenn erzielte Gewinne für zukünftige Investitionen (oder schlechte Zeiten) genutzt werden soll.

Klaus Vernie, Bad Honnef



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter frblog.de/lf-20210614

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen im Club Voltaire (nur nach Anmeldung unter clubvoltaire@t-online.de) oder als Livestream unter fr.de/hebelstunde

Donnerstag, 24. Juni, 19 Uhr

Andreas Schwarzkopf moderiert

„Ende der post-sowjetischen Stabilität? Protest, Repression, Krieg“. Darüber diskutieren Vera Rogova und Mikhail Polianskii von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Azer Babayev von der Uni Baku. Stream: boell-hessen.de/YouTube

Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg und Hanning

Voigts moderieren das FR-Stadtgespräch „Ein Jahr nach Hanau. Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Die Zahl der Gäste ist begrenzt. Registrieren Sie sich auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Hanau“. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Stream: fr.de/eventvideo

Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Panik bei den Bossen

INSM-Anzeige: „Aufheizung und Empörungsanfälle“, FR-Politik v. 15.6.

Es ist wieder mal bezeichnend, was sich der Verein INSM da leistet. Allerdings sollte man das nicht überbewerten, denn erstens schreibt er nur für sich und seine Mitglieder. Immerhin ist er verpflichtet, von Zeit zu Zeit etwas von sich zu geben. Ansonsten könnten Spendengelder ausbleiben. Zweitens weist diese Stellungnahme doch auf eine gewisse Panik in diesen Kreisen hin. Offensichtlich schätzen sie die „Gefahren“, die von den Grünen und erst recht einer grünen Kanzlerin ausgehen, weit höher ein als unsereins. Insgesamt wären sie besser nach dem Satz vorgegangen: „Si tacuisses ...“ („Hättet ihr doch besser den Mund gehalten!“)

Für die Grünen, und natürlich auch für Carolin Emcke ist das eigentlich eine Art „Ritterschlag“. Sie sollten sich auf keinen Fall zu unüberlegten Äußerungen hinreißen lassen. Die sollten sie anderen überlassen. Paul Ziemiak hat ja auch prompt ein Beispiel abgeliefert. Hans Contier, Wadern

An Dummlichkeit nicht zu überbieten

Über die Analyse der als Mose stilisierten Baerbock kann ich nur den Kopf schütteln. Die Anzeige der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ist an Dummlichkeit nicht zu übertreffen. Eine intelligente Karikatur von Mose als Gesetzgeber würde erfordern, sich mit den religiösen Grundlagen bzw. Grundwerten der Grünen auseinanderzusetzen, so wie sich die erste Gebotstafel mit den Fragen nach Gott und Religion befasst. Und mit Blick auf die zweite Tafel, wo es um Elementarregeln für eine funktionstüchtige Gesellschaft geht, müsste es um eine Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Grünen in Sachen guter Verfassheit für Nachhaltigkeit und Zukunftsfestigkeit unserer Gesellschaft gehen.

Die Ethikerin Ammicht Quinn attestiert der Anzeige zwar Populismus, deckt aber deren Verdummungsstruktur nicht auf. Indem sie sich an antisemitischen Affekten abarbeitet, begibt sie sich der Chance aufzuzeigen, welche Gestaltungskraft dem Dekalog-Bild innewohnt. Sie hätte fruchtbar machen können, dass in der Anspielung auf den Dekalog die Aufzählung der Gebote, an einer tragfähigen Verfassung zu arbeiten. Sie hätte herausarbeiten können, wie die Ahnungslosigkeit der Macher der Anzeige dazu führt, unübersehbar deutlich aufzuschreiben, wie Fahren von Verbrennerautos, Fliegen, Freihandel, schöner Wohnen zu Bekennnissätzen werden, die aus Marktwirtschaft eine Staatsreligion machen. Das würde natürlich zur Frage führen, was das mit Religion zu tun hat, aber zu dieser Fragestellung stößt das Interview leider nicht vor. So ist es Ausdruck des unseligen Zeitgeistes, im Vollbewusstsein des Rechthabens reflexhafter Empörung nachzugehen statt mit reflektierter Sachkunde aufklärender Urteilsbildung.

Alexander v. Oettingen, Bad Homburg